

Limburger Anzeiger

gleichzeitiges amtliches Preisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingen und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werkstage).
Bezugspreis: monatlich 3.60 Mark einschl. Postbestellgeld oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Begr. 1838 (Limburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur: Hans Knieß,
Druck und Verlag der Firma Schöndt'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Rh.

Anzeigenpreis: die 6zeilige 8-Millimeterzeile oder deren Raum 70 Pfg. Die 11 mm breite Reklamazeile 2.10 Mk.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 135

Limburg, Mittwoch, den 16. Juni 1920.

33. Jahrgang

Die Verteuerung des Lebensunterhalts

Es ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Auf vielen Gebieten ist die Kaufkraft des Volkes erschöpft und die meisten stehen vor der unumgänglichen Notwendigkeit, sich weitgehende Einschränkungen aufzuerlegen. Es gibt aber Dinge, die man unter keinen Umständen missen möchte und die man nicht entbehren kann, will man sich nicht Schädigungen aussetzen. Dazu gehört auch die heimliche Zeitung. Jede andere Zeitung kann eher entbehrt werden als das Heimatblatt, in dem nicht nur die großen und kleinen Ereignisse aus der Umgebung gesammelt und mitgeteilt werden, sondern auch alle Verordnungen und Bekanntmachungen enthalten sind, die die eigene Wirtschaft und Haushaltung angehen. Der „Amtliche Teil“ des „Limburger Anzeiger“ ist darum ein recht wertvolles Merkblatt sowohl für den Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten, wie für jeden Familienvater und Haushaltungsvorstand. Er bildet eine wesentliche Ergänzung zu den Nachrichten aus dem politischen Leben, die heute jeden Staatsbürger, Mann und Frau, interessieren. Der „Limburger Anzeiger“ stützt sich auf eine rasche und genaue Berichterstattung, die durch politische und wirtschaftliche Artikel aus berufener Feder eine vortreffliche Erläuterung erfährt. Daneben kommt auch das Gebiet der Unterhaltung zu seinem Recht. Ihm dienen die vermischten Abhandlungen und Betrachtungen aus aller Welt, die reichhaltige Samstagsbeilage und der Romanteil, in dem in den nächsten Tagen mit dem spannenden Roman „Lodernde Liebe“ von Erich Ebenstein begonnen werden wird.

Bewahrt Euch Eure Heimatpresse!
Bestellt den „Limburger Anzeiger“.

Die Regierungskrise.

Trimborn verhandelt mit der Sozialdemokratie.

Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Herr Trimborn legte sich zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten, den Herren Müller und Lohde, in Verbindung und fragte sie, wie der „Vorwärts“ berichtet, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernehme. Nach der Verneinung wandte er sich einer zweiten Kombination zu, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate umfassen würde. Herr Lohde erwiderte, daß die sozialdemokratische Fraktion auch hieran nicht teilnehmen könne. Herr Müller führte darauf aus, eine von solch geringer Mehrheit getragene Regierung werde nicht mit der nötigen Autorität nach Spag gehen können. Darauf erwiderte Trimborn, es gebe eine dritte Möglichkeit: ein Block der Mitte, aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei bestehend. Er könne zwar nur 188 Abgeordnete aufnehmen, stünde aber auf wohlwollender Neutralität der Nachbarparteien rechnen. Die Sozialdemokratie wünsche doch auch ein regierungsfähiges Kabinett und dürfe eine solche Regierung nicht schroff ablehnen. Sie könne ja einen Finanzminister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichskanzler sei vielleicht in Herrn Fehrenbach zu gewinnen. Besonders hervorzuheben Vertreter des Großkapitals und des Adels. Wenn es in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. Da die sozialdemokratische Koalition zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hatte, mußten ihre Vertreter, wie der „Vorwärts“ berichtet, ihre Stellungnahme verweigern. Genosse Müller habe aber im voraus versichert, daß eine solche Koalition von der sozialdemokratischen Fraktion nach ihren Taten beurteilt werden müsse, und jeder Versuch, auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschen Volkspartei zu treiben, aufs schärfste belächelt werden müsse. Der „Vorwärts“ überschreibt seinen Bericht „Keine Aussicht auf Lösung“ und sagt: Auch der weiter abliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu ziehen, wird kaum größere Aussicht auf Erfolg haben.

Heßlerich nimmt die Wahl in Ossen-Rassau an.

Braunschweig, 14. Juni. (WB.) Nach den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ teilte Dr. Heßlerich der Parteileitung der deutschnationalen Partei in Braunschweig mit, daß er auf Grund bestimmter Erwägungen innerhalb der Parteileitung sich entschlossen habe, die auf ihn gefallene Wahl in Ossen-Rassau anzunehmen. Dadurch treten in den Wahlkreisen Braunschweig, Süd-Hannover und Hamburg Ersatzkandidaten an die Stelle Heßlerichs.

Landtagswahlen in Mecklenburg

Rostock, 14. Juni. (WB.) Vorläufiges Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten mit Ausnahme des ausstehenden Ergebnisses von Rostock: Deutschnationale Volkspartei 42 909, Deutsche Volkspartei 43 379, Wirtschaftliche Vereinigung 13 072, Demokraten 15 162, Mehrheitssozialisten 77 230, Unabhängige 29 029, Kommunisten 1004. Demnach entfallen voraussichtlich auf die Mehrheitssozialisten 15, die Deutschnationalen 9, Deutsche Volkspartei 9, Unabhängige Sozialisten 6, den Wirtschaftsband 3, Demokraten 3, und die Kommunisten kein Sitz.

Politischer Mord?

Aus München wird berichtet: Im Mühlenkanal an der Trovilmühle im Englischen Garten wurde gestern früh der Schütze Johann Meyer vom Reichsheer Schützenregiment Nr. 41 getötet als Leiche aufgefunden. Der Mann scheint einem politischen Mordakt zum Opfer gefallen zu sein. Er war im Wahlkampf als politischer Zielscheibpächter verurteilt worden und hatte vor seiner Ermordung anscheinend von spartakistischer Seite, verschiedene Drohbriefe erhalten, in denen ihm der Tod angekündigt wurde. Die Untersuchung der Angelegenheit ist im Gange.

Huskehr!

Gegen das Anwachsen des Verwaltungsapparats wenden sich nun, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, die Behörden. In demselben Maße, wenn nicht in schnellerem als die Kriegsjahren und Kriegesgesellschaften „abgebaut“ werden, wächst der Apparat der behördlichen Verwaltung, insbesondere der Zentralstellen, im Reich wie in Preußen. Gerade in letzter Zeit hat dieses kaum noch zu überschauen Wachstum so bedenklich zugenommen, daß endlich ernsthaft Maßnahmen dagegen erwogen werden. Ein paar Beispiele mögen die Gefahren zeigen, um die es sich handelt. Das preussische Ministerium des Innern, eine derjenigen Zentralstellen, die noch am besten arbeiten, zählte bis zum November 1918 13 vortragende Räte, etwa 30 erpedierende Sekretäre und insgesamt etwa 60–70 Kanzlei- und Unterbeamte. Die Zahl dieser Beamten hat sich wenig vermehrt, wie ja auch der Umfang der Geschäfte im wesentlichen unverändert geblieben ist. Neu: Angezogen in das Ministerium sind nur etwa 40 Schreibmaschinistinnen, so daß dort heute nicht nur jeder Referent, sondern schon beinahe jeder Sekretär eine eigene Schreibmaschinistin zur Verfügung hat. Ähnlich, ja noch charakteristischer, liegen die Dinge bei anderen Ministerien. Das kassierte Beispiel aber bietet das Reichswirtschaftsministerium. Als das Reichswirtschaftsamt, wie es damals hieß, im Jahre 1917 vom Reichsamt des Innern abgetrennt wurde, bestand das gesamte Personal einschließlich der mittleren und unteren Beamten aus 90 Köpfen. Auch davon wurde im Jahre darauf bei der Neugründung des Reichsarbeitsministeriums die Hälfte fortgenommen. Inzwischen aber, in den nicht ganz zwei Jahren, hat sich der Beamtenstab allein des Reichswirtschaftsministeriums von etwa 40 auf 1600 Köpfe vermehrt (!) und dazu kommen nun noch — sage und schreibe 500 Stenotypistinnen, so zwar, daß in dem ehemaligen „Hotel Cumberland“ jeder einzelne Referent zwei, zum Teil sogar drei Schreibmaschinistinnen für sich hat, zwei für die Vormittags-, eine für die Nachmittagsstunden! Es liegt auf der Hand, daß die tatsächliche Leistung eines solchen Apparats zu der aufgewandten Kraft und zu den aufgewandten Geldern in keinem Verhältnis stehen kann, namentlich dann nicht, wenn man bei allen Teilen und Teilen dieses Apparats volle Leistungsfähigkeit voraussetzt. Das Reichswirtschaftsministerium allein würde ja sonst das Reich zu Tode verordnen und regieren. Gegen diese typischen Beispiele der „Überorganisation“ soll nun, wie gesagt, eingeschritten werden. In parlamentarischen Kreisen namentlich auch in solchen, die zu der bisherigen Regierungsmehrheit gehören, ist man entschlossen, das Budgetrecht des Parlaments künftig strenger aufzufassen und zu handhaben und bei der ersten Gelegenheit den Abbau auch dieses, sich zum „Wasserlopp“ auswachsenden Apparats zu verlangen. Unter anderem wird die Schaffung einer besonderen Instanz erwogen, die mit diktatorischer Gewalt ausgestattet, das unbeschränkte Recht erhalten soll, Vereinfachungen und Verminderungen in den verschiedenen Verwaltungen nach vorausgegangener Prüfung nicht nur zu beantragen und zu beschließen, sondern auch aus eigener Machtvollkommenheit durchzuführen, und die dann ihrerseits den Kabinetten wie der Volksvertretung verantwortlich sein müßte.

Belebung der Schuhproduktion durch Reichsaufträge.

Berlin, 14. Juni. Der Wirtschaftsbeirat beim Reichswirtschaftsministerium beriet kürzlich über die Maßnahmen, die zur Vermeidung der Stilllegung von Betrieben getroffen werden können. Besonders Interesse beanspruchte ein Bericht des Staatssekretärs Hirsch, der ausführte, daß die Stilllegung der Birmaiser Schuhfabriken keineswegs auf Unternehmerratslage zurückzuführen sei, sondern tatsächlich durch die augenblicklichen Verhältnisse bedingt werde. Zwei Wege zur Abhilfe müßten ins Auge gefaßt werden. Von dem einen, die Schuhfabrik freizugeben, müsse man jedoch absehen, weil der Inlandsbedarf bei weitem noch nicht gedeckt sei. Die zweite Möglichkeit, die ausgenutzt werden müsse, liege darin, die Schuhindustrie durch Aufträge des Reiches zu unterstützen. Als vorläufige Regelung habe man in Aussicht genommen, durch die Schuhfabrikantenversorgung größere Posten Schuhe

wieder abzunehmen und zu billigen Preisen an die Gemeinden Konsumvereine usw. abzugeben. Die Finanzierung würde mit Hilfe aller beteiligten Instanzen auch unter Heranziehung der Mittel der produktiven Gewerkschaften geregelt werden. Die in Aussicht genommenen Abgabepreise der Fabriken für Herrenstrümpfe mit etwa 120 bis 125 Mk. das Paar, für geringere Qualitäten wesentlich billiger, würden eine entsprechend billige Abgabe durch Gemeinden und Konsumvereine ermöglichen und so einerseits die Abnahme erleichtern, andererseits auf das allgemeine Preisniveau für Schuhe eine Wirkung ausüben und so auch den jetzt stöckenden Absatz beschleunigen. Die Fabrikanten verpflichten sich, sobald diese Aufträge erteilt sind, die gleichen Mengen sofort in Arbeit zu geben, um ein längeres Stillliegen der Betriebe zu vermeiden. Man hofft auf diese Weise auch den anderen mit Stilllegung bedrohten Industrien ein Beispiel zu geben, wie man die Stilllegung vermeiden kann.

Der Schiedsspruch zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Dresden, 14. Juni. (WB.) Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen teilt mit: Der Schiedsspruch im Ärztestreit ist von den Krankenkassenverbänden mit der Bedingung angenommen, daß Mindest- und Höchstsätze für die Pauschalbeträge des Arzthonorars festgesetzt werden. Zentrale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der vertragslose Zustand bestehen.

Italiens Forderungen.

Rom, 14. Juni. (WB.) Nach Mitteilungen der „Agenzia Stefani“ beläuft sich die von Italien für die Wiedergutmachung geforderte Summe auf 66 Milliarden Lire. Ritti beabsichtigt, diese Summe den Alliierten bei der Diskussion über die Verteilung der durch Deutschland zu zahlenden Summe mitzuteilen.

Deutsche Lieferungen.

Paris, 14. Juni. (WB.) Die Wiedergutmachungskommission teilt über den gegenwärtigen Stand der Kohlen- und Viehlieferungen Deutschlands laut Versailler Friedensvertrag mit, daß erhalten haben am 31. Mai an Kohlen: Frankreich 4 686 042 Tonnen, von denen 406 000 Tonnen an Luxemburg abgetreten wurden, Italien 316 063 Tonnen und Belgien 98 553 Tonnen; Vieh: Frankreich 6547 Pferde, 40 720 Stück Rindvieh, 67 476 Schafe, 7875 Ziegen, Belgien 3116 Pferde, 43 489 Stück Rindvieh, 32 644 Schafe, 6140 Ziegen und 28 9394 Stück Geflügel.

Die französische Verbrecher-Soldateska in Gleiwitz

Beuthen, 14. Juni. (WB.) In Gleiwitz wurde der kaufmännische Beamte der Hüttenwerke Budwald von zwei französischen Soldaten um Feuer gebeten. Er entsprach dem Verlangen. Als er die Hand ausstreckte, um die Streichhölzer zurückzuerhalten, wurden die Franzosen tödlich und bearbeiteten Budwald mit Seitengewehren und Fußtritten, so daß er bewegungslos liegen blieb und — anscheinend mit inneren Verletzungen — ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Polnische Musterungen in Weßfalen.

Bielefeld, 14. Juni. Die das „Volkswort“ meldet, wurde in Herne eine polnische Versammlung aufgelöst, die als politische Versammlung angemeldet und genehmigt war, in der aber eine Musterung für die polnische Armee stattfand. Ein Arzt untersuchte etwa 400 anwesende Männer. Nicht nur aus Herne, sondern auch aus dem weiteren Industriegebiet waren die Leute erschienen. Einladungen zu dieser Musterung sollen sogar nach Oberhausen, Duisburg, Wülfrath und anderen Orten ergangen sein. Sämtliches Material, vor allem die Listen, wurden beschlagnahmt.

Unsere Kriegsgefangenen in Frankreich.

Das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz teilt mit, daß sich in Frankreich alles in allem noch etwa 450 Kriegsgefangene befinden, die und durchweg namentlich bekannt sind. Von diesen befinden sich etwa 430 im Spezialdepot Avignon, die übrigen in Untersuchungshaft und 2 als nicht transportierbar im Lazarett. Außer dem Lager Avignon gibt es weder in Frankreich noch in den Kolonien deutsche Gefangenenlager.

Die Verteidigung des deutschen Konsulats in Tébrik.

Paris, 14. Juni. Nach einer Meldung der „Times“ aus Teheran soll das deutsche Konsulat in Tébrik noch immer belagert werden.

Neuwahlen in Oesterreich.

Wien, 14. Juni. (WB.) In der Sitzung des Hauptausschusses ergab sich aus den Erklärungen aller Redner die übereinstimmende Meinung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Fortdauer der gegenwärtigen, Nationalversammlung nicht mehr möglich sei. Demgemäß wurde einstimmig beschlossen, die nötigen Gesetzentwürfe betreffend Auflösung der konstituierenden Nationalversammlung und die Durchführung der Neuwahlen unverzüglich ausarbeiten zu lassen. Die Beratungen über die Bildung der Regierung werden in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses fortgesetzt.

Italienische Schmerzen in Albanien und Dalmatien

Mailand, 14. Juni. Die italienischen Truppen zogen sich aus Dalmatien und Antivari zurück, von den Serben hart bedrängt; man vermutet, daß auch Giovanni di Medina sich nicht mehr lange halten wird. Skutari ist so gut wie belagert.

Die Verproviantierung der italienischen Armee durch Last-automobile begegnet Schwierigkeiten. Die von Alessio abmarschierenden italienischen Kolonnen wurden von den Montenegrinern angegriffen; unter den Toten befindet sich ein Bataillonsskommandant. — Diese militärischen Ereignisse in Albanien beginnen eine bedrohliche Rückwirkung auf die innerpolitische Lage in Italien zu nehmen. Der „Quanti“ veröffentlicht einen Protest der sozialdemokratischen Parteileitung, in dem die sofortige Räumung Albaniens gefordert wird. Am Dienstag wird eine Zusammenkunft mit den Vertretern der Eisenbahnen und Seereute stattfinden, in der die Verhinderung der Transporte organisiert werden soll. Gleichzeitig gehen aber die Nationalisten daran, Freiwillige zum Schutz der Transporte nach Albanien anzuwerben.

Rapitalation italienischer Garnisonen in Albanien.

Rom, 14. Juni. Stefani. Die italienische Besatzung von Tepelini sich in Anbetracht der Verpflegungsschwierigkeiten den Aufständischen ergeben müssen. Die Garnison von Dabotai wird das gleiche Schicksal ereilen.

Polnische Siege und — Rückzüge.

Warschau, 14. Juni. (WZ.) Nach dem polnischen Heeresbericht vom 13. Juni dauert an der Nordfront die lebhafteste Kampfaktivität an. Die polnischen Abteilungen, die an verschiedenen Stellen vorgingen, um günstigere Verteidigungslinien zu erreichen, hatten überall ungewöhnlich heftigen Widerstand des Feindes zu brechen. In der Polesie erlitt der Feind bei dem Versuch, die polnische Front bei Glibow durchzubrechen, eine empfindliche Schlappe. Einer feindlichen Abteilung von 1000 Mann, der es gelungen war, auf die rechte Seite des Dniestr zu kommen, wurde durch einen Gegenangriff polnischer Truppen der Rückzug abgeschnitten; sie wurde völlig vernichtet. In der Ukraine zieht sich die Armee des Generals Rydzynski in voller Ordnung zurück.

Die Einnahme Kiwys durch die Bolschewisten.

Amsterdam, 14. Juni. (WZ.) Eine drahtlose Moskau-Meldung besagt: Die roten Truppen besetzten Kiwow. Vor der Räumung sprengten die Polen die Wladimir-Kathedrale, die Eisenbahnstationen, die Elektrizitätswerke und die Wasserleitung. Diese Maßnahmen, die durch keinerlei militärische Notwendigkeit zu begründen ist, hat die Stadt der Gefahr schwerer epidemischer Krankheiten ausgesetzt.

Tschechische Widerwärtigkeiten.

Schöne Nachrichten bringt die „Agence Centrale“ aus Wien: Dort verursacht es begreiflicherweise große Entrüstung, daß die tschechischen Grenzbehörden einen aus Sachsen zurückkehrenden Zug mit Wiener Kindern in Bodenbach anhielten und den Kindern ihre Eltern von den Pflegeeltern für die Heimfahrt geschenkten Lebensmittelpakete trotz dem Einspruch der Begleitpersonen konfiszierten! Man kann an die Richtigkeit dieser Meldung kaum glauben, da es unfassbar erscheint, unschuldige Kinder zu Opfern politischer Meinungsverschiedenheiten zu machen.

Sondergerichte für England.

Daag, 14. Juni. Die britische Regierung hat beschlossen, für Irland ein Sondergerichtshof einzuführen zur Aburteilung von Sinspeichern. Die Regierung sucht sich dazu gezwungen, da die irischen Gewerkschaften jeden freien Freisprechen, auch wenn das Vergehen erwiesen ist.

Die Verwaltung Palästinas.

Amsterdam, 14. Juni. (WZ.) Aus New York wird gemeldet: Herbert Samuel gab eine Erklärung über die Richtlinien ab, die er bei der Übernahme des Amtes eines Oberkommissars für Palästina zu befolgen gedenkt. Danach soll die bisherige Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung ersetzt werden, wobei die höheren Posten von tüchtigen englischen Beamten besetzt werden sollen, während die unteren Posten für Angehörige der örtlichen Bevölkerung ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis offenstehen.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 16. Juni 1920.

Personalien. Ernannt wurden bei der hiesigen Versorgungsstelle mit Wirkung vom 1. 4. 20 zu Sireiden: die Herren Schmeer, Gottlieb, Hilgenberg und Mosberger, zu Assistenten: die Herren Rode, Appel, Noeding, Schilling und Stiller.

Die Söhne des Senators.

Novelle von Theodor Storm.

(Nachdruck verboten.)

Ein neues Jahr hatte begonnen und der Prozeß zwischen den beiden Brüdern war in vollem Gange. Der Herr Senator Kirchhoff und der Herr Bürgermeister hatten sich vergewaltigt als Vermittler zum gütlichen Austrag angeboten; vergebens hatte der letztere gegen den jungen Senator hervorgehoben, daß „traft seines tragenden Amtes, abseits des Ansehens der Familie“, die Augen der ganzen Stadt auf ihn gerichtet seien; denn darin schienen die Streitenden stillschweigend einverstanden, daß das Wort der Güte nur fern von fremder Einmischung von dem einen zu dem anderen gehen könne. Aber freilich, dazu gab keiner von ihnen die Gelegenheit! Der notwendige geschäftliche Verkehr wurde schriftlich fortgesetzt, und eine Menge Zettel: „Der Bruder wolle gelieben“ oder „Dem Herrn Bruder zur gefälligen Unterweisung“ gingen hin und wieder.

Die kleine Seestadt in allen ihren Kreisen hatte sich nicht müde an diesem unerhörten Fall gesprochen und das Gespräch, wenn irgendwie der Stoff zu anderem ausging, wurde noch immer mit Begierde wieder aufgegriffen. Vollständig munter aber, trotz der Winterkälte, erhielt es sich drüben auf der Beschlagnahme der Frau Nachbarin Jipsen. Diese und Frau Antje Möller winkten jetzt nicht nur mit ihren Köpfen, sondern mit beiden Armen und dem ganzen Leibe nach dem Senatorenhaus hinüber. Aber in dem letzteren war freilich mittlerweile auch noch ein ganz Besonderes passiert: ein Sohn war dort geboren worden, und Herr Friedrich Jaspers hatte ja für solchen Fall Gewässer stehen lassen!

Die junge Frau Senatorin lief inoffen schon wieder hin und her von der Wiege ihres Kindes treppunter nach der Küche und noch flinker von der Küche treppauf nach ihrer Wiege als eines Morgens Herr Christian Albrecht, nachdem er erst Joeben vom gemeinschaftlichen Kaffeetisch in sein Kontor gegangen war wieder zu ihr in das Wohnzimmer trat. „Christine“, sagte er zu seiner immerhin noch etwas

„Milchstreit in Wiesbaden. Aus Wiesbaden wird dem „Mittelblatt“ geschrieben: Der Milchstreit der Bauern im Landkreis Wiesbaden geht weiter. Die Bauern verharren auf ihrer Forderung von 2 Mark das Liter ab Stall, während sie sich überall mit 1,50 Mark zufrieden gegeben haben. Die Stadt gibt, obwohl sie den Preis von zwei Mark zahlen will, nicht nach, um die Staatsautorität zu wahren, denn die Regierung hat die Zahlung dieses Preises verboten. Die Stadtverwaltung hat es erwidert, daß nicht nur die Säuglinge, sondern jetzt auch die Kinder im 3. und 4. Lebensjahr Milch erhalten und die Polizei bekämpft den Schleichhandel mit Milch und Butter auf das energischste. Die Bauern haben nämlich angekündigt, daß sie bei Hinführung über alle Verbote direkt an die Milchgeschäfte in der Stadt liefern werden, die ihnen den Preis von 2 Mark zugestanden haben. Der Oberpräsident in Kassel ist ersucht worden, für die Beschaffung der zur regulären Versorgung noch fehlenden 2000 Liter dringend zu sorgen, da gerade der Kasseler Bezirk Ueberfluß an Milch habe. Die Strafanzeigen gegen die renitenten Bauern seitens der Staatsanwaltschaft gehen bereits in die Hunderte.

(—) Wanderlust. Die von dem Wanderausflug des Allgemeinen Emscher-Bereichs Limburg festgesetzte zweite Wanderung erstreckte sich am Sonntag nachmittag in einer halbtägigen Fahrt (3 1/4 Stunden) von hier über Friedberg durchs Wiesetal in Richtung der alten Rennstraße und Schönererstraße nach Schloß Hohenfels. Der gesunde Aufenthalt im schattigen Wald, wo Erdbeeren und Heidelbeeren gesucht und gefunden wurden, zumal aber die angenehme Raft auf der reizvollen Burg Hohenfels gestaltete den Ausflug sehr schön. Eine wohlgeleitete fotografische Aufnahme bietet ein freundliches Erinnerungsstück. Die Rückreise erfolgte abends 8 1/4 von Hohenfels aus mit der Bahn. Die der Vereinsvorsitzende, Herr Regierungsrat Wilde, der an der Wanderung auch teilnahm, mitteilte, ist in etwa 4 Wochen eine größere Tageswanderung in Aussicht genommen, wobei als Obernach ein Teil des Jammertals, dann das Haffelbachtal bis Singhofen und von da das überaus reizvolle Mählbachtal bis Nassau durchwandert werden soll. Bei dieser Wanderung ist eine dreitägige Raft unterwegs vorgesehen.

Ein Rührung der Zuderration. Von dieser schmerzlichen Tatsache macht eine Bekanntmachung im amtlichen Teil dieser Nr. d. Bl. Mitteilung. Der geringe Ertrag der Zuderration im Jahre 1919 verlegt das Landwirtschaftsministerium in die Notwendigkeit, den Kommunalverbänden für die nächsten vier Monate, also bis Oktober, nur die Zuderration zu überweisen, die bisher für drei Monate zur Ausgabe gelangte. Daß diese Einschränkung gerade in der Einmachzeit eintreten muß, macht sie besonders schmerzhaft. An Brot-ausfall waren die meisten Familien schon in den letzten Jahren sehr arm, dieser Notstand kann sich also noch weiter verschärfen, wenn weniger eingemacht werden kann. Hoffentlich ist das nicht ein neuer Anreiz für die Marmeladenindustrie, der die Produktion jetzt freigegeben ist, wie wir unten berichten, uns das teure „Schmierel“ nun besonders hoch im Preise anzulegen.

Freier Handel mit Marmelade. Die Zwangsbewirtschaftung der Marmelade ist nunmehr aufgehoben und damit auch die Höchstpreise, die bisher 6,20 M. für das Pfund im Kleinhandel betrugen. Im freien Handel dürfte die Marmelade jetzt zu erheblich billigeren Preisen je nach Qualität, zu haben sein. Es ist nun die Gefahr vorhanden, daß durch Zuderration minderwertiger Marmelade das Publikum überteuert wird. Bisher war vorgeschrieben, daß die Marmelade 50 Prozent Zucker enthalten mußte, nunmehr ist aber den Fabriken freigestellt, auch Marmelade mit geringerem Zuckergehalt auf den Markt zu bringen. Ein Teil der Marmeladenfabriken hat sich dahin geeinigt, Marmelade mit weniger als 40 Prozent Zuckergehalt nicht herzustellen. Immerhin ist zu befürchten, daß Ware mit geringerem Zuckergehalt und mit oder ohne Verwendung von Süßholz in den Verkehr kommt und unter Ausnutzung der Konkurrenz zu höheren Preisen als angemessen, verkauft wird. Dabei ist zu bemerken, daß das rohe Obstmark, das zur Herstellung von Marmelade bestimmt ist, in den Fabriken mit etwa 60 Mark je Zentner zu Buche steht. Den zur Herstellung nötigen Zucker müssen die Fabriken mit 6 Mark je Pfund bezahlen. Unter Zugrundelegung dieser Selbstkostenpreise und der Herstellungskosten kann also eine recht gute Marmelade schon für 4 Mark im Kleinhandel verkauft werden. Die Preisprüfungsstellen sind angewiesen, die Verhältnisse im Marmeladenhandel dauernd zu beobachten.

blühlichen Eheleichen, „bist du heute schon draußen auf unserem Steinbock gewesen? — Nicht? — Nun, so alteriere dich nur nicht, wenn du dahin kommst!“

„Am Gottes willen, es hat doch kein Unglück gegeben?“ rief die junge Frau.

„Nein, nein, Christine.“

„Aber ein Malheur doch, Christian Albrecht; du bist selber alteriert!“

Ein Rächeln flog über sein freilich ungewöhnlich ernstes Gesicht. „Ich denke nicht, Christine; aber komm nur mit und siehe selber!“

Er faßte ihre Hand und führte sie über den Hausflur in die große Schreibstube. Der jüngere Kontorist war nicht zugegen; der alte Friedeborn stand neben seinem Schreibtisch am Fenster und nahm eine Pfeife nach der anderen.

Auch Frau Christine sah jetzt in den Hof hinaus, fuhr aber gleich darauf mit der Hand über ihre Augen, als gälte es dort ein Spinnwebgewebe fortzuwischen. „Am Gottes willen, was ist das, Friedeborn? Was machen die Leute da auf Bruder Friedrichs Hof? Die Mauer ist ja auf einmal fast um zwei Fuß höher!“

„Frau Prinzipalin“, sagte der Alte, „das sind Meister Hansens Leute; sehen Sie, dort kommt schon einer mit der Kelle!“

„Aber was soll denn das bedeuten?“

„Nun“ — und Monsieur Friedeborn nahm wieder eine Pfeife — „Herr Friedrich läßt wohl ein paar Schöße höher mauern.“

„Aber, Christian Albrecht“, und Frau Christine wandte sich lebhaft zu ihrem Mann, der schweigend hinter ihr gestanden hatte, „geschieht denn das mit deinem Willen?“ Herr Christian Albrecht schüttelte den Kopf.

„Aber die Grenzmauer; sie gehört doch uns gleichwohl, wie kann sich Friedrich so etwas unterstehen!“

„Nein Schatz, die Mauer steht auf Friedrichs Grund und Boden.“

Die Augen der kleinen Frau funkelten.

„Das ist schlecht von ihm, das hätte ich ihm nicht zugetraut; er hat ein hartes Herz!“

Fo Die Wahlen zum Kommunalparlament des Regierungsbezirks Wiesbaden werden in Kürze in den einzelnen Kreisen vorgenommen werden. Der Regierungsbezirk ist in 73 Wahlbezirke mit eben so viel Abgeordneten eingeteilt. Davon sind zu wählen im Kreis Biedenkopf, Wahlbezirk 1—3, drei Abgeordnete, im Landkreis, Wahlbezirk 4—6, drei Abgeordnete, im Oberwesterwald und Westerburg, Wahlbezirk 7—10, je ein Abgeordnete, in den Kreisen Unterwesterwald, Oberlahn, Unterlahn und St. Goarshausen, Wahlbezirk 11—25, je ein Abgeordnete, in dem Kreis Rheingau, Wahlbezirk 26 und 27, zwei Abgeordnete, in Wiesbaden Land, Wahlbezirk 28—31, vier Abgeordnete, in den Kreisen Untermain und Untermain, Wahlbezirk 32—35, je zwei Abgeordnete, in dem Kreis Odenwald, Wahlbezirk 36—38, drei Abgeordnete, im Kreis Höchst a/M., Wahlbezirk 39—42, vier Abgeordnete, in Wiesbaden Stadt, Wahlbezirk 43—48, sechs Abgeordnete und in Frankfurt a/M., Wahlbezirk 49—73, fünfundsiebenzig Abgeordnete. In Frankfurt a/M. hat die Wahl bereits stattgefunden. Unter den Gewählten befinden sich zum erstenmal der neuen Zeit Rechnung tragend zwei Damen. Auch Stadtrat Weill, der in Aussicht genommene Landeshauptmann von Nassau, ist auch gewählt. Sollte Weill aus der Wahl als Landeshauptmann hervorgehen, so kann er das Abgeordnetenmandat bestimmungsgemäß beibehalten. Der frühere Landeshauptmann Satorius hatte als solcher den einen Wahlbezirk des Oberwesterwaldes als Mitglied des Kommunalparlamentes vertreten. In dem verflochtenen Kommunalparlament saßen die Abgeordnete 14 Vordräte. Mit Ausnahme der Städte Wiesbaden und Frankfurt waren die ländlichen Kreise des Bezirkes außer dem Kreise Unterwesterwald durch ihre Vordräte vertreten. 29 Bürgermeister und Kreisdeputierte, Oberbürgermeister und Stadträte hatten bisher Kommunalparlamentmandate inne. Auch hierin dürfte die kommende Wahl Änderungen bringen.

Die 15. Juni. (Fluchtversuch.) Die Freiheit wieder zu erlangen, versuchte am Samstag morgen ein vor wenigen Tagen ins hiesige Zuchthaus verbrachter Strafling. Es gelang dem sofort nachgehenden Aufseher mit Unterstützung eines Offiziers der Besatzungsarmee den Ausbruch nach kurzem Wettlauf wieder einzufangen.

Berborn, 12. Juni. Bei der hier abgehaltenen Grasversteigerung auf der Herren- und Ochsenwiese wurden Preise erzielt, wie dies seit Menschengedenken nicht der Fall gewesen ist, trotzdem die Käufer nur das Heugras erwarben und das Grummet extra versteigert wird. Für das an besten bezahlte Stüd auf der Ochsenwiese wurde zirka 2700 M. erzielt, während kleinere Stüde von 60—70 Ruten mit 60 bis 700 Mark bezahlt wurden.

Wiesbaden, 12. Juni. Im Walde an der Mauer vergiftete sich der nervenranke Arzt Dr. Maas. Die Leiche wurde nach, der Kleider völlig beraubt, von Spaziergänger gefunden. — Am 5. und 6. Juli begeht der Verein nassauischer Land- und Forstwirte sein 100jähriges Jubiläum, das so das ihm gehörende landwirtschaftliche Institut auf der Gießerg. Im Pauliner Schloßchen und im Kurhaus als akademische Feste geplant.

Kassel, 14. Juni. Die Schuhwarenhandeler von Kassel haben gemeinsam beschlossen, die Preise für Schuhwaren erheblich herabzusetzen.

Worms, 15. Juni. Ein Rirschensturm spielte sich auf dem hiesigen Markt ab. Die Händler, die die Rirschen zum Preise von 2,50 bis 2,80 Mark das Pfund verkaufen, waren gegenüber der Erregung, die sich der Käufer hierüber bemächtigte, vollkommen machtlos. Selbst die Schuhwarenschaft konnte nicht verhindern, daß die Körbe ausgepackt und umgeworfen wurden und die Marktbesucher sich im Taschen füllten. Mit lautem Geschrei setzte der Sturm auf die Rirschen zu und nach an den einzelnen Verkaufsständen ein. Um der erbitterten Menge in ihrem Treiben Einhalt zu tun, nahmen Schutzleute den Verlauf der Rirschen zum Preise von 1 Mark für das Pfund vor, womit sich die Käufer zufrieden gaben. Körbe wurden nun in die Luft geschleudert, es wurde auf die Fische geschleudert, ein jeder danach trachtend, für sich einige Pfund Rirschen zu dem „zwangsweise“ abgehauten Preise von 1 Mark zu erhalten. Es war kaum möglich, die in dem fürchterlichen Gedränge ohnmächtig gewordenen Personen wegzutragen.

„Da irrst du doch gewaltig, Christinnen“, erwiderte Herr Christian Albrecht; „das ist's ja gerade, daß er noch immer sein altes, weiches Herz hat; er schämt sich nur, und deshalb läßt er diese große steinerne Gardine zwischen sich und seinem Bruder aufziehen.“

Die junge Frau blickte mit unverhohlener Bewunderung auf ihren Mann.

„Aber“, sagte sie fast schüchtern, und legte ihre Hand auf die seine, „wie wird er sich erst schämen, wenn er den Preis gewinnen sollte!“

„Dann“, erwiderte der Senator, „dann kommt von Bruder zu mir, denn dann ist der böse Wolf gezähmt. Ich nicht recht, Papa Friedeborn?“ setzte er in munterem Ton hinzu.

„Ei, ei, Gott lenkt die Herzen“, erwiderte der alte Mann, indem er seine Nase in die Tasche steckte und dafür die Hand wieder in die Hand nahm, „aber dem wohlwilligen Herr Senator ist uns solcher Umstand im Geschäft nicht vorgekommen.“

Zwei Tage darauf hatte die Mauer schon eine beträchtliche Höhe erreicht, und noch immer wurde daran gearbeitet. Aus der Schreibstube hinten war dergleichen nie gesehen worden, und der kleine junge Kaufmannsgeselle konnte es nicht lassen, je um eine kleine Weile mit offenem Munde nach der Arbeitern hinzustarren. „Rudolf Peters“, sagte der alte Friedeborn, „wolle er lieber in seine Bilanzrechnung schauen! Es will sich für ihn nicht schiden, daß er sich über das neue Werk da draußen sich irgendwelche überflüssige Gedanken macht!“ Und der junge Mensch wurde über und über rot und lachte häufig seine Feder in das Tintenfaß.

Aber auch Monsieur Friedeborn selber konnte sich nicht enthalten, unterweisen über seine Arbeit wegzuschauen; in beiden Gezellen da draußen, insbesondere der Alte mit dem respektwürdigen langen Barte, wurden ihm mit jeder Stunde mehr zuwider. „Der struppige Asser!“ brummte er vor sich hin, „mag wohl am Turm zu Babel schon getagelt haben; wird aber diesmal auch nicht in den Himmel bauen.“

Heute, 14. Juni. Auf der Juliushütte kam es zur Arbeitseinstellung infolge eines Streites mit den Beamten über die Höhe der Beiträge zum Betriebsrat. Es ereigneten sich schwere Ausschreitungen. Einige Beamte wurden von der Arbeiterschaft tätlich angegriffen und verletzt. Später soll die Arbeit wieder aufgenommen worden sein.

Savanna 14. Juni. (W.B.) Während der Aufführung von „Aida“ plakte im Nationaltheater eine Bombe in dem Augenblick, als Caruso sang. Es entstand eine große Panik, bei der es mehrere Verwundete gab. Caruso erlitt im Theaterkostüm sein Hotel.

Vollstrecktes Todesurteil.

München, 14. Juni. Das in dem Mordprozess gegen den Richter Heinrich Wallershausen vom Volksgericht ausgesprochene Todesurteil ist, nachdem der Ministerrat es am Sonntag amtlich bestätigt hatte, heute vormittag 9 Uhr durch Erschießen vollstreckt worden.

Eine Partei der „besseren Damen“. Für die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahl ist unter anderem auch die Vorschlagsliste einer „Kommunalen Frauenpartei“ eingereicht worden, die mit dem Namen des vor kurzem aus der deutschen Nationalen Volkspartei ausgeschiedenen Fräulein v. Gierke beginnt und angeblich völlig unpolitisch sein soll. Wie eine Lokalkorrespondenz mitteilt, setzt sich die Partei aus „Damen der besseren Gesellschaftskreise aus dem Berliner Westen und den westlichen Vororten“ zusammen.

Schonzeit für Tiger. Die niederländischen Behörden auf Sumatra hatten vor längerer Zeit eine Verfügung erlassen, die die Jagd auf den Tiger streng verbietet. Die Gründe für diese auf den ersten Blick befremdliche Maßnahme sind in der Notwendigkeit zu suchen, die Delpalme, die die Hauptnahrungsquelle der Bevölkerung Sumatras bildet, zu schützen. Sumatra hat einen überaus großen Bestand an Wildschweinen, die eine Vorliebe für Früchte der Delpalme haben. Angesichts der durch die Palmenfällung des Landes bedingten vorzüglichen Ernährungsvhältnisse haben sich nun die Schweine in letzter Zeit so beträchtlich vermehrt, daß die Palmenzucht des Landes ernstlich gefährdet ist, denn die Tiere bearbeiten, um die Früchte zu erlangen, die Bäume mit den Hauern so schonungslos, daß sie eingehen. Eine Degeneration der gefährlichen Palmenfründe war daher geboten. Da nun der Tiger den Wildschweinen, deren Fleisch ihm ein besonders geschätzter Vorrat ist, nachstellt, so schien es eine gegebene Lösung des Problems, durch die Vermehrung der Tiger dafür zu sorgen, der Schweineplage zu begegnen. Leider liegt aber der Tiger nicht nur das Fleisch der Wildschweine, er verschmäht auch Schafe und Rinder nicht. Die von der Behörde dekretierte Schonung der Tiger läuft deshalb darauf hinaus, den Teufel durch Beizehob auszutreiben.

Wieder eine neue Krankheit. Immer wieder tauchen neue, geheimnisvolle Krankheiten auf. So hat erst dieser Tage der Pariser Arzt Darter einen sehr beachtenswerten Bericht über eine neue Krankheit veröffentlicht, die erst seit kurzer Zeit auftritt und in ihrem Verlauf schwere Gefahren in sich birgt, da sie sich gewöhnlich in Krebs zu verwandeln pflegt. Die Krankheit äußert sich zunächst durch blattartigen, schuppigen Flecken, die sich alsbald zu Schwellen umwandeln. Wird nicht rechtzeitig operiert, so entstehen aus den krankhaften Bildungen allmählich bösartige Krebsgeschwüre. Jedenfalls ist die neue Krankheit, die man als Boeckische Dermatoze bezeichnet, ein sehr unheimlicher Gast und ihre schnelle Bekämpfung, noch ehe sie sich weiter verbreitet, zweifellos eine sehr wichtige Aufgabe der modernen Medizin.

Kurzer Wochenbericht der Preisoberstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 5. bis 11. Juni 1920.

Von den beiden gegenwärtig noch leistungsfähig gebliebenen Brotversorgern Europas, Nord- und Südamerika, droht auch das letztere als Lieferant für Weizen verloren zu gehen. Schon wiederholt wurde aus Argentinien gemeldet, daß dort Bestrebungen bestehen, die Regierung zu einem Ausfuhrverbot für Weizen zu veranlassen. Bisher war die Regierung diesen Bestrebungen nicht gefolgt, da sie selbst noch vor wenigen Wochen einen für die Ausfuhr überschüssigen Weizenvorrat von zirka 2 Millionen Tonnen im Lande ermittelt und geschätzt hatte. Um aber dem scharf verteuerten Einfluss der Ausfuhr auf die Weizenpreise entgegenzuwirken, hatte sie vor kurzem dem Senat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem der jetzige Ausfuhrzoll für Weizen auf 5 Dollar Papier für

Als gleich darauf Herr Christian Abrecht aus seinem Kabinett trat, sah er seinen Buchhalter sich mit dem Scheiden einer Feder mühen, die er immer näher an die Nase rückt. „Will's nicht mit den alten Augen, Papa Friedebold?“ sagte er freundlich.

Aber Monsieur Friedebold wurde bedeutsam mit der einen Schulter nach der Mauer drängen. „Herr Christian, wie haben Sie immer das Licht nicht justem mit Scheffeln hergeholt.“

Der Senator warf einen Blick nach dem hohen Werke, an welchem die beiden Gelehrten unter lustigem Singen noch immer weiter arbeiteten. „Ja, ja, Friedebold,“ rief er betörend, „du hast recht! Das geht denn doch über —“

„Nichts darüber!“ wollte er sagen, wo schon derzeit gar nichts darüberging; aber er schwieg plötzlich, da er auf den jungen Muske Peters sah, der wieder mit offenem Munde an keinem Pulse sah, und ging, nachdem er eine geschäftliche Anordnung erteilt hatte, in sein Kabinett zurück.

Nach ein paar Stunden stand Frau Christine ihr hübsches Köpfchen durch die Tür. „Dass man einträte?“ fragte sie.

„Komm nur!“ erwiderte Herr Christian Abrecht von seinem Schreibtisch aus. „Was hast du auf dem Herzen?“ „Oh,“ und sie stand schon mitten in dem Stübchen und ließ ihre Blicke an der geschwärtzten Decke wandern. „Ich wollte nur,“ — aber Christian Abrecht, hier herrscht ja die glänzende Finsternis! Die schönen Spinnweben, die unsere Augen weiterweisen! Und weißt du, das nässliche Ding — es hat eben die Mauer mit ihrem Eulbesenitell gemessen — genau es hat nach meiner Elle, sagt sie! Aber sieh nur, Christian Abrecht, nun wird's denn auch nicht höher, sie liegen schon die runden Steine oben auf.“

(Fortsetzung folgt.)

den Doppelzentner und für Weizen auf 20 Prozent des Wertes erhöht werden sollte. Der Tag für die Beschlußfassung rückte näher, als wir plötzlich durch die Meldung eines argentinischen Weizen-Exportverbotes am Mitte der Woche überrascht wurden. Doch hat der Haushaltsausschuß des Senats das Verbot über das Weizenexportverbot als verfassungswidrig erklärt. Man wird abwarten haben, wie die Dinge dabei wirklich liegen und sich weiter entwickeln. Man muß sich aber klar darüber sein, daß die Frage, ob Europa, speziell auch Deutschland, die großen in Argentinien gekauften Weizenmengen und die vermeintlichen weiteren Ueberflüsse an La Plata-Weizen bekommen wird oder nicht, um so wichtiger, als ein Ersatz dafür nur von den Vereinigten Staaten zu erhalten wäre. Bis jetzt scheint man indessen weder in Amerika noch in Europa an eine längere Dauer des Weizenexportverbotes am La Plata zu glauben. — Der amtliche Ackerbaubericht der Vereinigten Staaten für Juni meldet eine weitere Besserung für Winterweizen, dessen Ernteaussichten mit 504 Millionen Bushel (1 Bushel Weizen ist 27,7 Kilogramm) beziffert wird, gegen 484 Millionen im Vormonat und 732 Millionen im Vorjahre. Wie vorausgesehen ist die Anbaufläche des Sommerweizens mit 19 487 000 Acres (1 Acre sind 0,4 ha.) erheblich kleiner als das im Vorjahre abgeerntete Areal von 23 338 000 Acres, trotzdem schätzt man die diesmalige Ernteaussicht für Frühjahrweizen mit 277 Millionen Bushel größer als die letztjährige Herbstmitte mit 209 Millionen Bushel. — In Kanada hat der Herbstweizen der befallenen nur einen geringen Teil der Landesweizenenergie ausmacht, im Winter durch die Wetterverhältnisse den drei ungewöhnlich geringen Ausfall von nur 4 Prozent erlitten, so daß 740 000 Acres gegen 673 000 in 1919 geblieben sind. Frühjahrweizen ist infolge des langen Schneereiches Winters, später als sonst bepflanzt, hat aber seitdem sofort eine schnelle und gute Entwicklung begonnen. Private Schätzungen nehmen in den reichlichen Hauptweizenprovinzen infolge der verspäteten Ausaat einen Anbauausfall von 13 bis 14 Prozent gegenüber der vorjährigen Zahl von 17,75 Millionen Acres an. Der endgültige Erntebereich Indiens meldet für die Hauptprovinzen einen Weizenanbau von 7 735 000 Tonnen gegen 5 761 000 bzw. 7 817 000 in 1919 und 1918. Auf große Ausfuhrüberschüsse rechnet man, wie schon früher mitgeteilt, in Indien vorläufig nicht.

Hilflicher Teil.

(Nr. 135 vom 16. Juni 1920.)

Bekanntmachung.

Für den Monat Juni gelangen 625 Gramm Haushaltungszucker und abermals 375 Gramm Einmachzucker, zusammen also 1000 Gramm Zucker auf den Kopf der verfassungsberechtigten Bevölkerung zur Verteilung.

Der Kleinverkaufspreis beträgt 1,90 Mark für das Pfund gemahlten Zuckers.

Der beträchtliche Ausfall in der Zuckerernte des Jahres 1919 läßt nach einem Bericht des Preussischen Landesverwaltungsamtes trotz einschneidender Kürzung der Zucker verarbeitenden Betriebe, die Aufrechterhaltung der seither veranschlagten Mundzuckermengen bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres (31. Oktober) leider nicht zu. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat daher angeordnet, daß den Kommunalverbänden zur Deckung des Bedarfes der Monate Juli bis Oktober 1920 nur noch eine unter Zugrundelegung der seitherigen Mundration berechnete Zuckermenge für drei Monate zur Verteilung überwiesen wird. Es muß also die für drei Monate reichende Zuckermenge auf vier Monate verteilt werden, so daß mit einer entsprechenden Kürzung der zur Verteilung gelangenden Zuckermengen in den Monaten Juli, August, September und Oktober gerechnet werden muß. Ich mache heute schon auf diesen Umstand aufmerksam.

Der Zucker ist sofort nach Ankunft in der Gemeinde zur Verteilung zu bringen. Die mit der Ausgabe des Zuckers beauftragten Händler sind zur gewissenhaften Beobachtung der festgesetzten Kleinverkaufspreise und zur ordnungsmäßigen Ausgabe des Zuckers anzuhalten. Bei Zuwiderhandlungen seitens der Händler ist denselben Zucker künftighin zur Verteilung nicht mehr zuzuwenden.

Limburg, den 15. Juni 1920.
Der Vorsitzende des Kreiswirtschaftsamtes.
Schellen.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Mit Bezug auf meine Verfügung vom 11. vor. Mts. — Tgb. L. 1671 — Kreisblatt Nr. 108 — ersuche ich, sämtliche Kriegsgefangene künftighin Staatsangehörigkeit, auch wenn sie als freie Arbeiter entlassen, soweit sie gewillt sind, an dem letzten Abtransport teilzunehmen, sofort in Begleitung ihres Arbeitsgebers oder dessen Beauftragten zwecks Abtransport in ihre Heimat dem Lager Niedergwehren zuzuführen.

Auf Ersuchen der Direktion des Kriegsgefangenenlagers Rassel in Niedergwehren weise ich nochmals besonders darauf hin, daß es sich um die letzte Abtransportmöglichkeit handelt und die Gefangenen bis spätestens am 17. Juni 1920 im Lager sein müssen.

Limburg, den 15. Juni 1920.
A./R.B.

Der Landrat.

Viehversicherung.

An sämtliche Herren Oberpräsidenten.

Entsprechend dem § 117 Ziffer 1 des Viehversicherungs-gesetzes vom 30. Mai 1908 ist in die allgemeinen Versicherungsbestimmungen der Viehversicherungsanstalten folgende Bestimmung aufgenommen:

„Die Versicherung umfasst nicht den Schaden, der entsteht:

1. pp.
2. infolge einer Seuche oder Krankheit, soweit dem Versicherungsnehmer nach gesetzlicher Vorschrift ein Anspruch auf eine Entschädigung aus öffentlichen Mitteln zusteht oder zustehen würde, wenn der Anspruch nicht durch eine Zuwiderhandlung gegen seuchenpolizeiliche Vorschriften verwirkt worden wäre.“

Die Auslegung dieser Vorschrift hat zu Zweifeln Anlaß gegeben.

Von einem Provinzialverbande, der nach seinen Satzungen Entschädigung auch für die an Maul- und Klauenseuche erkrankten Rinder gewährt, ist in einem Einzelfalle die Entschädigung für die an dieser Seuche erkrankten Tiere abgelehnt worden, weil der Besitzer bei einer Privatversicherungs-gesellschaft versichert war und daher der Verband sich nach seinen Satzungen insoweit von der Entschädigungsleistung befreit glaubte.

Die in Frage kommende Viehversicherungs-gesellschaft lehnte aber auch ihrerseits die Entschädigung für die an Maul- und Klauenseuche erkrankten Tiere ab, da nach ihrer Meinung dem Besitzer nach gesetzlicher Vorschrift ein Anspruch auf Entschädigung aus öffentlichen Mitteln zusteht und nach der oben angegebenen Satzungs-vorschrift damit der Anspruch gegen die Privat-gesellschaft fortfiel. Sie behandelte also den Fall, in dem ein Provinzialverband auf Grund des § 23 des Ausfuhr-gesetzes freiwillig Entschädigungen übernommen hat, ebenso wie den Fall, in dem die Entschädigung von dem Provinzialverband auf Grund gesetzlicher Vorschrift geleistet werden muß.

Da bei dieser Sachlage die versicherten Viehbesitzer von keiner Seite entschädigt wurde, ist auf meine Veranlassung vom Reichsausschuß für Privatversicherung mit den unter dessen Aufsicht stehenden größeren Viehversicherungs-gesellschaften über diese Angelegenheit verhandelt worden. Die Gesellschaften haben sich darauf fast durchweg dazu bereit erklärt, an geeigneter Stelle ihren Versicherungsbedingungen folgenden Zusatz einzufügen:

„Wird ein Anspruch aus öffentlichen Mitteln abgelehnt, so leistet die Gesellschaft ihrerseits die bedingungsgemäße Entschädigung. Der Versicherungsnehmer ist in diesem Falle verpflichtet, seine Rechte der Gesellschaft abzutreten.“

Hierzu ist die Schadloshaltung des Viehbesitzers auf jeden Fall sichergestellt.

Ich ersuche, den Verbänden hiervon Kenntnis zu geben.

Berlin W. 9, den 3. März 1920.

Leipziger Platz 10.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

3. A. gez. Unterschrift.

Gesch.-Nr. JA. IIIg. 12261.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich, auf den vorstehen-

den Erlaß des Landwirtschaftsministeriums die örtlichen Vieh-

versicherungsvereine aufmerksam zu machen.

Limburg, den 7. Juni 1920.

Der Landrat.

In dem Erlaß des preussischen Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 1. November 1918 — St. I. 221 — ist in Ziffer 4 bestimmt, daß durch die Eintragung der Sicherungshypothek die notwendige Beleihung des Bauvorhabens nicht zu schwer werden soll. Wenn also infolge der Stellung der Bauforderungen die Aufnahme von Baugeldern über den vom Verband festgesetzten Ertragswert hinaus erforderlich ist, stehen keine Bedenken entgegen, die Mieten entsprechend der höheren Zinsenlast festzusetzen. Dem stehen auch die Bundesratsbestimmungen vom 31. Oktober 1918 in keiner Weise entgegen.

Ich habe deshalb auch keine Bedenken dagegen, daß als Ertragswert die Differenz zwischen den Herstellungskosten und dem Uebertreibungszuschuß angenommen wird.

Berlin W. 66, den 12. Februar 1920.

Leipziger Straße 3.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt.

II. 13. 10.

Wird den Herren Bürgermeistern des Kreises und des Stadtkreises im Anschluß an meine bezüglichen Veröffentlichungen vom 13. 3., bezw. 4. 6. u. 12. in den Limburger Kreisblättern Nr. 61 bezw. 129 zur Beilegung etwaiger Interessenten bekanntgegeben.

Limburg, den 12. Juni 1920.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

betreffend die Aukerfurschung der Silbermünzen.

Vom 13. April 1920.

Auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Geldgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft vom 17. April 1919 (Reichsgesetzl. S. 394) wird von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewählten Ausschusses folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die 1/2-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke, 3-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Mark-Stücke sind einzuführen; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

§ 2. Bis zum 1. Januar 1921 werden 1/2-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke, 3-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Mark-Stücke bei den Reichs- und Landesstellen zu ihrem gesetzlichen Wert sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, Reichsbankscheine und Darlehnsbankcheine umgetauscht.

§ 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchgeführte und andere als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfallene Münzstücke keine Anwendung.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 13. April 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.

Dr. Wirth.

II. a. 1334.

Von Gemeindeverwaltungen in dem an den Freistaat Danzig gefallenen Gebiet werden gleichfalls häufig Ersuchen um Einziehung fälliger Steuern an die Verwaltungen preussischer Gemeinden und Gemeindeverbände gerichtet. Solange nicht vertragsmäßig die Gegenseitigkeit gesichert ist, wird derartige Ersuchen nicht stattzugeben sein. Der Freistaat Danzig verfährt entsprechend. Eine vertragsmäßige Regelung der Angelegenheiten ist bereits in Angriff genommen.

Berlin, den 7. Mai 1920.

Zugleich im Namen des Finanzministers.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: Meister.

IV. St. Danzig 3. Fin. Min. II, 4985

Wird veröffentlicht.

Ich ersuche um Beachtung.

Limburg, den 25. Mai 1920.

A. H. 1754.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Erziehungsheim Schloss Werdorf,

Kr. Wetzlar. Vorber. f. alle Klassen. Vorz. Berpfleog.

Schöne, gef. Lage.

11

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt
Heinrich Wagner Nachf.,

Limburg a. d. L., Telefon 94

Annahmestellen: Frankfurterstr. 31,
Frankfurterstr. 37, Eschhöferweg 6.

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt.

färbt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe
getrennt und unzertrennt.

Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-
stoffe, Woll- und Baumwollgarne,

Leinen, Gardinen usw. in den
haltbarsten und modernsten Farben,

reinigt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe
jeder Art,

Teppiche, Gardinen, Handschuhe,
Bettfedern usw.

Aufdämpfen von Sammet-Kostümen,
Aufbügeln von Herren- und Damen-
Garderobe

10)68 **Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.**

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Jungen

zeigen hochehrent an

Rechtsanwalt Krücke u. Frau
Olga geb. Scheid.

Wiesbaden, 12. Juni 1920.

1(135)

Bekanntmachungen und Anzeigen
der Stadt Limburg.

Gemeindesteuern.

Öffentliche Mahnung.

Alle Steuerpflichtigen, welche mit Zahlung der 6. Rate
Gemeinde-Einkommensteuer für das Steuerjahr 1919 noch
rückständig sind, werden hiermit aufgefordert, den Steuerrück-
stand bis zum 20. d. Mts. an die Stadtkasse einzulösen.
Nach Ablauf dieser Frist erfolgt ohne weitere Aufforderung
oder Benachrichtigung die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.
Limburg, den 15. Juni 1920.

6(135)

Die Stadtkasse.

Verkehr auf den Straßen und
Bürgersteigen.

Es ist aufgefallen, daß die Bürgersteige mit Wagen, Hand-
wagen, Fahrrädern, Selbstfahrräten und dergl. befahren werden.
Hierdurch wird der Fußgängerverkehr beeinträchtigt, auch wer-
den die Bürgersteige leicht beschädigt.

Ferner kann man täglich beobachten, daß an einigen
Straßenkreuzungen, z. B. Ecke Breuß, Hof und Evangl. Kirche
oft eine größere Anzahl von Personen auf den Bürger-
steigen aufstellt, die sich dort längere Zeit unterhalten und
hierdurch den freien Verkehr erheblich beeinträchtigen.

Die Einwohnerschaft wird gebeten, diese Unsitte zu
unterlassen.

Die Polizeibeamten haben Anweisung erhalten, für Ab-
stellung der Missetaten zu sorgen und muß daher ermahnen
Anordnungen derselben Folge gelassen werden. Nichtbefolgung
zieht Bestrafung nach sich.

Limburg, den 6. Mai 1920.

2(106)

Die Polizeiverwaltung.



Fussboden-Lack

mit und ohne Farbe,
Deckenbürsten,
Pinsel,

sowie sämtliche Farbwaren

empfiehlt das Farbengeschäft,

J. Arnet Nachf., Limburg

(Inh. Max Büdel).

5(135)

Salzgasse 8.

Telefon 211.

Herren-Stärkewäsche

wäscht und bügelt

als Spezialität in bester Ausführung.

Waschen und bügeln der Krage,
:: Manschetten und Vorhemden ::

— 80 Pfg. —

Nur bügeln 70 Pfg.

Lieferzeit 14 Tage.

Waschanstalt „Schneeweiss“ Limburg a. d. L.

Telefon 88.

15(128)

Bütten, Züßer, Gimer
und Buttermaschinen

in allen Größen vorrätig.

14/17

Karl Gemmer, Limburg (Lahn)

Maschinen, Autr. I Nr. 4 Hinter der Turnhalle

Visitkarten

werden sauber angefertigt in der
Druckerei des Kreisblattes.

Trauer-Kleider

werden innerhalb 24 Stunden gefärbt.

8(95)

Färberei Bender, Limburg a. d. L. - Tel. 88.

Annahmestelle Neumarkt.

Wirksames
Inserationsorgan

ist der in

LIMBURG (Lahn)

im 88. Jahrgang

tägl. erscheinende

Gegründet
1888.

„Limburger Anzeiger“
Amtl. Kreisblatt.

1888
gegründet.

Anzeigenblatt

für die Bewohner

Limburgs und der Landgemeinden

in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis **3,60 M.** monatlich.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger
Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten
und Kupferstichdruck-Beläge
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:
Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):
monatl. M. 6.—, vierteljährl. M. 18.—
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):
monatl. M. 5.—, vierteljährl. M. 15.—
Probenummer kosten- u. portofrei.

Welt über 150000 Abonnenten.

Rollseile, Bindeseile,
Seustränge, Adlerleinen,
Bindgarne, Bindfäden,
Drachseile sowie sämtl. Seilerwaren

in Ia Friedensqualität billigt.

2(124)

en gros **J. Schupp** en detail
Seilerei.

Limburg, Frankfurterstr. 15, Fernruf 277.

Feldhüter-Anzeigebücher
mit Dienstanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformulär

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Kino. Neum. 10.

Mittwoch, Donnerstag,
Freitag:

Der heulende
Wolf.

Detektivdrama in 4 Akten.

Paulchen Semmelmann.

Lustspiel in 4 Akten

mit Paul Heidemann

Eintritt 6^{te} und 8^{te} Uhr.

Jugendlichen unter 17 Jahren
ist der Eintritt strengstens
untersagt. 4(135)

Gingang nur Neumarkt.

Freibank

geg. Fleischwaren. **Donners-**
tag den 17. Juni, von vorm.
11—12^{1/2} Uhr von Ratten Nr.
1001—1300 und nachm. von
3—4^{1/2} Uhr von Ratten Nr. 1 bis
500. Preis à Pfd. 5 u. 6 M.

Nordhäuser Kan-Tabak

für Biederer-Käufer
aus prima Kentucky-Tabak
hergestellt, garant. Friedens-
ware, per Stück 1,60 M.
Lieferung franco 4(128)

Gustav & Paul Labonté

Cigarren und Cigaretten
Versandhaus.
Großhandels-Lieferanten für
Tabakwaren

Mit hoher Anzahlung (z.B.)
Galt- oder Penfons-
haus od. auch Hausgrund-
stück mit oder ohne Gehöft
zu kaufen. Ausführl. Anpob.
mit Preis an H. 161 „Stella“
Ann.-Expedition, Hannover
Edelstr. 15. 3(13)

Deutsche Warte

Tageszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und
Bodenreform

mit den Beiblättern

Land- und Hauswirtschaft — Gesund-
heitswarte — Jugendwarte — Der
Sonntag — Frauenzeitung und täg-
liches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

Prima Apfelwein

abzugeben.

Maserei und Weinhandlung

K. Gemmer,

Austraße 1. 4, hinter der Turnhalle.

Lehrverträge zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei